
Elisabeth Voß

Gemeinsam wohnen und arbeiten – Kommunen und andere selbstorgani- sierte Lebensgemeinschaften

Politische Bewegungen und ihre Ideen von einer anderen Welt, einer Welt ohne Macht und Ausbeutung, ohne Hierarchien und Gewalt definieren sich überwiegend über die Kritik an dem Bestehenden. Aber wie kann ein «Leben ohne Chef und Staat» (Titel eines Buches von Horst Stowasser) konkret aussehen? Es gibt in Deutschland kaum Verbindungen zwischen Protestbewegungen und Projekten anderen Lebens und Arbeitens. Nach kollektiven politischen Aktionen gehen viele AktivistInnen allein nach Hause. Armut und prekäre Lebensverhältnisse müssen sie individuell bewältigen. Wer kollektiv lebt und arbeitet, wird häufig vom materiellen Überlebenskampf, aber auch von kräftezehrenden Gruppenprozessen aufgeessen und zieht sich aus politischen Zusammenhängen zurück.

Aber es gibt sie, die gelebte Kritik, die Praxis alltäglicher Selbstbestimmung in kleineren oder größeren Gruppen. Versuche, ein anderes, besseres Leben nicht nur zu träumen, sondern schon heute, im eigenen Alltag zu leben. Die einen wohnen in WGs (Wohngemeinschaften) oder Hausprojekten miteinander, andere arbeiten zusammen in selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Die beiden zentralen Lebensbereiche Wohnen und Arbeiten und noch viel mehr teilen Menschen, die in Kommunen, Gemeinschaften, Haus- oder Siedlungsprojekten miteinander leben.

Die Bezeichnungen sind nur begrenzt eindeutig. Kommune ist ein politischer Begriff in Anlehnung an die Pariser Commune von 1871. Als Gemeinschaften verstehen sich eher solche Gruppen, die auch eine spirituelle Ausrichtung haben. Hausprojekte entstanden in den 1970er und 1980er Jahre oft aus Haus-

Die Einsicht, dass es nicht nur die schlechte Welt ist, die gute Projekte gefährdet, sondern dass auch zwischenmenschliche Probleme existenzbedrohend sein können, verbreitete sich zunehmend: «In politisch motivierten egalitären Gemeinschaften wurde die Arbeit an der Entwicklung des Einzelnen bzw. an der Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen lange als überflüssig angesehen. [...] Erst in den letzten Jahren setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass Gemeinschaftsentwicklung ohne die gezielte Entwicklung der Einzelnen und ihrer Ausdrucksmöglichkeiten kaum realisierbar ist.» (Redaktionskollektiv Kommunebuch, S. 275) Eine Methode, die seit dem Ende der 1980er Jahre in Kommunen Verbreitung fand, ist die «Radikale Therapie», ein geschlechtsspezifischer Selbsthilfeansatz auf Basis verschiedener Verfahren der humanistischen Psychologie. Heute wird zunehmend die «Gewaltfreie Kommunikation» nach Marshall B. Rosenberg angewendet.

Aus verschiedenen Gründen verließ Uwe Kurzbein 1998 Lutter und gründete mit zwei weiteren Alt-LutteranerInnen in der Nähe von Wismar eine neue Kommune: «Hier im Osten ist eh alles anders. In der Kommune Olgashof gehört zwar der Grund und Boden allen, die hier leben, die Werkstätten auch. Wir haben auch eine gemeinsame Küche, einen Garten, einen Obstgarten, [...] Aber hier ist das so, dass jeder einen bestimmten Betrag in die Hauskasse tun muss. Auch die Essenskasse wird gleichmäßig von allen getragen. Was jeder mit dem Lohn seiner Arbeit macht, bleibt ihm überlassen.» (Kurzbein). Nach seiner Einschätzung gibt es z. Z. etwa vierzig Projekte, «[...] die nicht nur als Lebensgemeinschaft, sondern als »politische Kommune« bezeichnet werden können». (ebd.)

Das Projekt A in Neustadt an der Weinstraße

1985 erschien die Broschüre «Das Projekt A» von Horst Stowasser. Ein Zusammenschluss von selbstverwalteten wirtschaftlichen Betrieben, sozialen Einrichtungen und politischen Initiativen sollte entstehen, der zum einen für die Beteiligten ein Stück der großen Utopie vom Leben in Solidarität und Freiheit erlebbar machen würde, zum anderen – beginnend in einer westdeutschen Kleinstadt – modellhaft weitere solcher Projekte anstoßen könnte. Kernstücke des Projekts sollten die «Doppel-

projekte» sein: ökonomische Zusammenschlüsse von jeweils einem wirtschaftlichen, Gewinne erarbeitenden Betrieb und einer sozialen Einrichtung oder politischen Initiative, die auf sporadische oder laufende Zuschüsse angewiesen ist. Ein solcher Zusammenschluss sollte sowohl ökonomische als auch menschliche Kontinuität gewährleisten. Das Buch wurde konspirativ, in nummerierten Einzelexemplaren, in der Szene verteilt.

Nach dem Scheitern eines ersten Versuchs in Alsfeld entstand 1989 aus Diskussionen im bundesweiten «Projekt A»-Zusammenhang (der sich 1994 auflöste) und der lokalen Neustädter Szene das «Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen» (WESPE) in Neustadt an der Weinstraße. Eine ehemalige Fabrik wurde gekauft und zum Projektzentrum «Ökohof» umgebaut. Im Zuge des Umbaus gründeten sich eine Bauschreinerei und ein Betrieb für ökologische Haustechnik, selbstverständlich als selbstverwaltete Kollektivbetriebe. Drei solcher Betriebe gab es bereits vor der WESPE im Ort, eine Möbelschreinerei, einen baubiologischen Fachhandel und einen Buchladen. Im Laufe der Jahre fanden sich über einhundert Menschen zusammen, die zwar nicht alle gemeinsam wohnten, aber in enger regionaler Vernetzung in verschiedenen Wohn- und Hausgemeinschaften lebten. Weitere Kollektivbetriebe wurden gegründet. Am erfolgreichsten entwickelten sich der Bioladen und das Umweltlabor.

Für die Zugehörigkeit zur WESPE gab es keine festen Kriterien, aber gemeinsame Zielvorstellungen hinsichtlich Eigentum, Entscheidungsstrukturen und Gewinnverwendung, Beschäftigungsverhältnissen, Bezahlung und Arbeitsbedingungen, ökologischen und ethischen Anforderungen an Produkte und Umgang der Betriebe miteinander. Diese wurden in einem Grundsatzpapier formuliert. Für Konflikte zwischen den Betrieben wurde eine Schlichtungsvereinbarung getroffen. Zu guten Zeiten gab es insgesamt zwölf Betriebe, die sich im «Rat für gemeinsames Wirtschaften» (RGW) bei Liquiditätsengpässen gegenseitig unterstützten. Das Geld dafür stammte aus dem Verkauf des «Projekt A»-Hauses in Alsfeld, es wurde durch monatliche Beiträge der Kollektive aufgestockt.

Die im «Projekt A»-Konzept vorgesehenen «Doppelprojekte» konnten nicht umgesetzt werden, weil die Betriebe keine Gewinne erwirtschafteten, die sie mit anderen hätten teilen

können, sondern um ihre Existenz kämpfen mussten. Jedoch wäre WESPE nicht möglich gewesen ohne das – auch ökonomische – Zusammenwirken der Betriebe und Einzelpersonen. Gemeinsame Arbeitseinsätze, Kredite und Bürgschaften für den Ökohof, aber auch für einzelne Betriebe stellten einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar. Die Einheits- oder Bedarfslöhne lagen etwa zwischen 1.100,- und 1.500,- DM netto im Monat, zuzüglich betrieblicher Zuschläge für Kinder. Eltern oder dauerhafte Bezugspersonen von Kindern wurden innerhalb ihrer bezahlten Arbeitszeit für zwei bis vier halbe Tage pro Woche von den Betrieben zur Kinderbetreuung freigestellt.

Die angebotenen Produkte und Dienstleistungen übermittelten ökologisches Bewusstsein und ein Stück gelebter Utopie – neben ihrem praktischen Gebrauchswert. WESPE wurde zunehmend bekannt als «die Ökos», als die irgendwie etwas Anderen, die doch so beruhigend normal sind. Denn es wurde nicht versucht, die Bevölkerung für irgendetwas zu agitieren, sondern einfach das eigene Leben organisiert, so gut es ging.

Die Mediengruppe «Publik» brachte monatlich die WESPE-Zeitung «Stichpunkte» heraus, in der alle wichtigen Projekt-Infos veröffentlicht wurden. Das interne Blättchen «xyz» diente mit Protokollen der verschiedenen Gremien in WESPE und Diskussionsbeiträgen der internen Transparenz. Die «Kulturgruppe Wespennest» organisierte als Verein Musik und Literaturveranstaltungen. Daneben gab es immer wieder politische Initiativen, zum Beispiel gegen den Golfkrieg oder das Atomkraftwerk Philippsburg, praktische Solidarität mit Flüchtlingen, verschiedene Antifa-Aktionen und eine projektinterne Struktur zur finanziellen Hilfe für Frauen, die von der Verschärfung des § 218 betroffen waren. Oberstes Entscheidungsgremium der WESPE war das monatliche Plenum, Entscheidungen wurden im Konsens getroffen. Es war offen für alle, die sich als am Projekt beteiligt verstanden. Eine formale Mitgliedschaft war anfangs nicht erforderlich.

Die WESPE hat sich nie als Gruppe mit einer bestimmten politischen Ideologie verstanden. Der anarchistische Anspruch bestand ausdrücklich in einer Offenheit für jedeN, die/der sich dazugehörig fühlte. Von den Zugezogenen kamen einige wegen dem «Projekt A» nach Neustadt, mit einer politischen Perspektive. Andere wollten in einem bestimmten Kollektiv arbeiten. Es

kamen auch Menschen, die mit Politik nicht viel am Hut hatten, aber das soziale Miteinander schätzten. Gemeinsam war allen, dass sie – wenn auch auf unterschiedliche Weise – für sich und ihr Leben mehr suchten, als die bürgerliche Gesellschaft zu bieten hat.

Durch das schnelle Anwachsen des Projektes ging nach und nach das Wir-Gefühl der ursprünglichen Gruppe verloren. Es gab nicht mehr die große WESPE-Familie, sondern verschiedene Untergruppen wie Frauen- oder Kommunegruppe, und manch Einzelne blieben draußen und rutschten durchs soziale Netz. Wie wohl in den meisten Projekten dieser Art erforderte auch die Zugehörigkeit zur WESPE ein gewisses Maß an Selbstvertrauen, Durchsetzungsfähigkeit und sozialer Kompetenz. Zeitweilig wurde unter dem Motto «Wie geht's uns denn?» versucht, an dem Wir-Gefühl zu arbeiten und soziale, gruppendynamische und politische Fragen auf einem «Dämmerschoppen» zu besprechen. Auf diesem abendlichen Treffen in lockerer Runde ging es nicht um Entscheidungsfindung, sondern um den menschlichen Austausch zwischen den Projektmitgliedern.

1996 kam es zu tiefgreifenden Konflikten, die zwar davor schon latent vorhanden, aber nicht so deutlich ausgesprochen waren. Auslöser war die Sexismus-Frage, die sich an einem Auftritt der Kölner Polit-Punk-Kabarett-Gruppe «Heiter Bis Wolzig» entzündete, der von autonomen Frauengruppen Sexismus in ihren Szenen und Vergewaltigung einer Frau durch ein Bandmitglied vorgeworfen wurde. In den Auseinandersetzungen wurde deutlich, dass in der WESPE sehr unterschiedliche Menschen mit sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen und Weltbildern versuchten, etwas Gemeinsames aufzubauen. Es entstanden tiefgreifende Enttäuschungen darüber, dass die Grundlagen des Projekts, die von den Beteiligten sehr unterschiedlich vermutet und nicht ausreichend gemeinsam abgestimmt wurden, so wenig tragfähig waren. Vor allem viele Frauen verließen enttäuscht die WESPE.

Als Projektverbund und sozialer Zusammenhang war WESPE einer von vielen Versuchen, den Traum vom «besseren Leben» schon jetzt umzusetzen, nicht erst nach der Revolution. Er scheiterte an einer Mischung aus Konfliktunfähigkeit und wirtschaftlichen Problemen. Aktuell organisieren sich einige Leute um Horst Stowasser, um in Neustadt ein generationsübergrei-